

Ursula von der Leyen

In vielen Kulturen war es üblich, alte Menschen als Bewahrer des Wissens und Träger der Überlieferung zu ehren. So heißt es im dritten Buch Mose: „Vor einem grauen Haupt sollst du aufstehen und die Alten ehren“, und bei Hiob lesen wir: „Bei den Großvätern ist die Weisheit und der Verstand bei den Alten.“

Mittlerweile jedoch hat sich ein gefährlicher Trend durchgesetzt, nur die Jugend als erstrebenswertes Lebensalter zu betrachten. Alte Menschen werden insbesondere in den Medien als kränklich und hilfsbedürftig skizziert. Aber die demografische Entwicklung führt dazu, dass der Anteil Älterer und Hochbetagter in unserer Gesellschaft stark zunimmt. Deshalb ist es dringend erforderlich, Handlungsoptionen für den Umgang mit einer alternden Gesellschaft aufzuzeigen. Analog dazu brauchen wir einen öffentlichen Diskurs über eine neue Bewertung des Alters. Senioren stellen mit ihrem Wissen und ihrer Lebenserfahrung eine wichtige Bereicherung dar. Denken wir nur an Politiker wie Konrad Adenauer oder Charles de Gaulle. Dieses Potenzial müssen wir nutzen und zum Beispiel ältere Arbeitnehmer wieder verstärkt in das Berufsleben einbeziehen. Wenn gut vierzig Prozent der Betriebe keine Arbeitnehmer beschäftigen, die über fünfzig Jahre alt sind, und zugleich immer weniger junge Fachkräfte nachkommen, zeigt sich der ganze Widerspruch eines solch verfehlten Denkens.

Aber auch im ehrenamtlichen Bereich ist das Engagement dieser Bevölkerungs-

gruppe längst unverzichtbar geworden. Ohne ihren Einsatz könnte mancher Verein, manche Gemeinde gar nicht bestehen.

Experten haben prognostiziert, dass Deutschland 2035 die älteste Bevölkerung der Welt haben wird. Wenn wir uns der Herausforderung stellen und maßgeschneiderte Konzepte für diese Situation entwickeln, sind wir im internationalen Vergleich so etwas wie Pioniere. Deutschland quasi als Kompetenzzentrum für den Umgang mit einer mehrheitlich älteren Gesellschaft. Ein Plus an Lebenszeit kann aufgrund der medizinischen Fortschritte auch ein Plus an Lebensqualität, Weisheit und Unternehmungsfreude beinhalten.

Weichenstellung für Kinderwünsche

Der demografische Wandel ist jedoch nicht nur durch eine steigende Zahl älterer Menschen gekennzeichnet, damit einher geht eine kontinuierlich sinkende Geburtenrate. Heißt es im Alten Testament noch euphorisch: „Siehe, Kinder sind eine Gabe des Herrn, und Leibesfrucht ist ein Geschenk“, hat sich die Geburtenrate in Deutschland bei 1,4 Kindern eingependelt. Um hier gegenzusteuern, benötigen wir einen Wechsel in der Familienpolitik. Wir wissen aus zahlreichen Umfragen, dass die Mehrheit der jungen Menschen in unserem Land Kinder wünscht. Doch wir haben die Weichen in unseren Sozialversicherungssystemen und in der Arbeitswelt so gestellt, dass immer weniger Paare sich diesen Wunsch erfüllen.

Damit der Zug, um im Bild zu bleiben, wieder den richtigen Kurs aufnimmt, brauchen wir Reformen.

In diesem Kontext sind vor allem drei Punkte zu nennen: Zum einen müssen die Leistungen von Familien für die Gesellschaft insgesamt zu einer gerechteren Behandlung in den Sozialversicherungssystemen führen. Heute werden die Beiträge vom Bruttoeinkommen abgezogen, unabhängig davon, ob von diesem Einkommen Kinder erzogen werden oder nicht. Dabei ist die Erziehungsleistung an sich schon ein Beitrag zu den Sozialsystemen, die ohne eine nachwachsende Generation nicht weiterexistieren können.

Des Weiteren müssen Familien in die Lage versetzt werden, ihren Unterhalt aus eigener Kraft zu verdienen, das heißt, man muss ihnen die Balance zwischen Familie und Beruf ermöglichen. Hier können wir viel von unseren europäischen Nachbarn lernen, um in Deutschland einen Wechsel der Mentalitäten herbeizuführen und Kindern mitten in einer komplexen und modernen Arbeitswelt einen zentralen Platz zu sichern. Unsere Arbeitswelt reagiert flexibel auf Kundenwünsche und globale Märkte, dann kann sie sich auch auf Kinder einstellen. Denn die Kinder von heute sind die Existenzgründer, die Facharbeiterinnen und die Kunden von morgen.

Und nicht zuletzt müssen wir die Verantwortung und die Erziehungsaufgabe der Eltern respektieren und stärken. Viele Eltern fühlen sich überfordert, resignieren zum Beispiel vor der Herausforderung durch die modernen Technologien. Auch deshalb feiern Serienformate wie die „Super-Nanny“ solche Erfolge. Zudem das Erfahrungswissen durch die ältere Generation nicht mehr selbstverständlich weitergegeben wird.

Bei der Umsetzung dieser Ziele sind alle gefordert, der Staat, die Wirtschaft, die Verbände, aber auch letztlich jeder Einzelne von uns. Wir brauchen ein

Klima, das es Eltern ermöglicht, so zu leben, wie sie es sich wünschen.

Wir brauchen maßgeschneiderte Lösungen, die auch den Aspekt der Generationengerechtigkeit berücksichtigen, wir brauchen „Verantwortung und Weitsicht“, wie eine gemeinsame Erklärung der beiden großen Kirchen aus dem Jahr 2000 programmatisch hieß.

Vereinfacht dargestellt, heißt das: Die Jüngerer müssen einiges schultern, sie profitieren dabei aber von den Leistungen der Älteren.

Gelebte Solidarität

Diese gelebte Solidarität lässt sich heute bereits in vielen Bereichen unseres Alltags nachweisen. Statt Generationenkrieg entstehen Generationennetzwerke. In der Praxis heißt das zum Beispiel: Die Eltern fahren die Großeltern mit dem Auto zum Einkaufen, dafür passen diese auf die Enkel auf, wenn die Eltern einmal allein ausgehen wollen. Oder die Großmutter fragt ihren Enkel Vokabeln ab, dafür erklärt er ihr danach, wie man mailt.

Familienpolitik in diesem Sinne verstanden ist Politik für alle Generationen. Auf der Basis dieser Erkenntnis haben wir in Niedersachsen Mehrgenerationenhäuser eingerichtet, in denen Jung und Alt zwanglos zusammenkommen können, mit einer erstaunlichen Resonanz.

Die aktuelle Finanzsituation der öffentlichen Hände zwingt uns, in allen Politikbereichen neue Wege einzuschlagen. Dies führt im Einzelfall zu Kürzungen und Einschränkungen, zugleich verbindet sich damit jedoch die Chance, neu zu denken. Indem wir den Staat auf seine Kernaufgaben zurückführen und dem Subsidiaritätsprinzip wieder stärkere Bedeutung verleihen, übertragen wir ein Stück weit Familienstrukturen auf die Sozialpolitik.

In diesem Zusammenhang stimmt es mich sehr zuversichtlich, dass Politikerinnen und Politiker – über alle Parteidgrenzen

Das erste Mehrgenerationenhaus in Niedersachsen soll das Zusammenleben von Generationen fördern und mehr Chancen zum Miteinander bieten. Sozialministerin von der Leyen möchte während ihrer Legislaturperiode insgesamt fünfzig Mehrgenerationenhäuser in allen Landkreisen und kreisfreien Städten in Niedersachsen schaffen.

© dpa, Foto: Holger Hollemann



zen hinweg – die Wichtigkeit dieses Themas erkannt haben. Wir haben in Deutschland eine historisch begründete Scheu davor, eine aktive Bevölkerungspolitik zu fordern. Aber gleichgültig welchen Begriff man wählt, wir müssen anfangen, Familien gezielter zu fördern. Dazu gehört zum Beispiel eine größere Effizienz bei den familienpolitischen Leistungen, damit das Geld dort ankommt, wo es gebraucht wird. Wenn wir, statt wie bisher die für Familien zur Verfügung stehende Summe in diverse Einzelleistungen zu teilen, das Geld gebündelt auszahlen, hat dies noch einen weiteren positiven Effekt. Es zeigt, wie viel uns die Erziehungsleistung wert ist, und trägt durch diese Aufwertung dazu bei, die Vaterrolle für Männer attraktiver zu machen.

Diese Beispiele machen deutlich, dass der Ausbau der Betreuungsangebote nur ein wichtiger Faktor ist, eine moderne, zukunftsfähige Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche betrifft.

Gewiss sind die Aufgaben, die vor uns liegen, vielfältig und umfassend, aber sie bieten uns auch die Möglichkeit, Korrekturen vorzunehmen, um ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem Kinder und ältere Menschen gleichermaßen willkommen sind.

Eine bunte Gesellschaft, in der Menschen aller Lebensalter integriert und akzeptiert sind. Miteinander statt gegeneinander. Es lohnt sich, sich dieser Herausforderung zu stellen und sie im Rahmen einer großen Kraftanstrengung zu Schultern.